

## Holsteinischer Courier, S. 7

### Brief an Dobrindt: Meyer will Bundesverkehrswegeplan nachbessern

#### Kiel/Berlin

Fast sechs Milliarden Euro will Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt in den nächsten anderthalb Jahrzehnten in Schleswig-Holsteins Transportwege stecken – daher kann sein Kieler Kollege Reinhard Meyer mit dem Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 im Großen und Ganzen gut leben. Mit „großer Zufriedenheit“ habe er wahrgenommen, schreibt Meyer in einem gestern abgeschickten Brief an Dobrindt, dass der Bund den Vorschlägen des Landes für den Aus- und Neubau von Straßen und Wasserwegen „weitgehend gefolgt ist“. Eines allerdings missfällt SPD-Mann Meyer: Der umweltfreundliche Bahnverkehr wird im Norden kaum gestärkt. „Leider wurde nur der Ausbau der Schienenanbindung zur geplanten Fehmarnbeltquerung im vordringlichen Bedarf berücksichtigt“, kritisiert Meyer – und drängt bei CSU-Politiker Dobrindt auf Änderungen.

Meyer stört unter anderem, dass Dobrindt auf den Marschbahnlinien von Itzehoe nach Westerland und nach Brunsbüttel keine elektrischen Oberleitungen bauen will. Deshalb bleibt der zeitraubende Lokwechsel in Itzehoe zwischen E-Lok und Diesellok auch künftig nötig und die Hafen- und Industriestadt Brunsbüttel schlecht angebunden. Dabei stünde dank der reichlich vorhandenen Windenergie eine umweltfreundliche Quelle für Bahnstrom parat, so dass „die Energiewende im Verkehrsbereich entscheidend vorangebracht werden könnte“, schreibt Meyer. Ferner will er, dass der Bund auf der Strecke nach Sylt die letzten eingleisigen Stücke kurz vor und auf der Insel zweigleisig ausbaut. „Dieser Abschnitt ist durch die hohe Zahl von Pendlern, die Transporte zur Versorgung der Insel und die Autozüge hoch belastet“, begründet Meyer die Forderung. Zudem verlangt er, dass endlich das lang diskutierte dritte Gleis zwischen Hamburg und Elmshorn kommt. „Da in Elmshorn die Jütland- und Marschbahnlinie zusammentreffen, besteht hier ein Engpass, der regelmäßig zu massiven Verspätungen insbesondere auch zur Insel Sylt führt“, kritisiert er. Dobrindt sieht sich dagegen weder zuständig für die Elektrifizierung der Marschbahn noch für die Beseitigung der Gleis-Engpässe zwischen Hamburg und Sylt. „Es geht hier vorwiegend um Nahverkehr – und für den ist das Land zuständig“, argumentiert sein Staatssekretär Enak Ferlemann bisher. Etwas anders sieht es bei dem von Meyer ebenfalls geforderten dritten Gleis für die S-Bahn-Linie 4 zwischen Hamburg und Ahrensburg aus. Zwar zählt auch die zum Nahverkehr. Doch da durch das neue Gleis mehr Platz für Fernzüge auf den bestehenden Gleisen zwischen Hamburg und dem künftigen Fehmarnbelt-Tunnel frei

würde, lässt Dobrindt prüfen, ob eine Aufnahme der S 4 in den Bundesverkehrswegeplan zu rechtfertigen ist. „Wir sind im intensiven Gespräch mit den Ländern und hoffen, dass das zu einem guten Ergebnis führt“, macht Staatssekretär Ferlemann Mut. Die schleswig-holsteinische SPD-Bundestags-Verkehrspolitikerin Birgit Malecha-Nissen will sich ebenfalls engagieren: „Die S 4 ist ein wichtiges Projekt, das Hamburg, Schleswig-Holstein und der Metropolregion gleichermaßen nützt“, sagt sie.

Auch ein Straßenprojekt will Meyer noch retten. Denn obwohl der Kieler bereits vor der Anmeldung zum Verkehrswegeplan 25 Ortsumgehungen im Land gestrichen hatte, hat Dobrindt noch eine weitere gekippt – die Umgehungsstraße um Garding und Tating auf der B 202 auf Eiderstedt. Die aber hält Meyer für wichtig, weil sie die Dörfer im Sommer stark entlasten würde. „Es ist zu berücksichtigen, dass die B 202 in den Sommermonaten hohe zusätzliche touristische Verkehre aufnehmen muss und die Belastung für die Anwohner dann erheblich ist“, schreibt Meyer an Dobrindt. Auch der schleswig-holsteinische CDU-Bundestagsabgeordnete Gero Storjohann sieht bei aller Zufriedenheit über Dobrindts Plan bei den Straßen, aber auch der Schiene „noch einige Punkte, die hinterfragt werden müssen“. Welche er meint, will der Verkehrsexperte mit Blick auf laufende Gespräche nicht verraten.

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Valerie Wilms zieht dagegen sogar Projekte in Zweifel. „Mir leuchtet nicht ein, warum ausgerechnet der sechsspurige Ausbau der A 23 zwischen Tornesch und Eidelstedt als besonders vordringlich eingestuft wurde“, sagt die Wedelerin. Auch die Einordnung der Küstenautobahn A 20 als „vordringlich“ sei wegen des geringen Nutzens nicht zu rechtfertigen und nur „politisch gewollt“. Schließlich ist ihr auch die Einstufung des Elbe-Lübeck-Kanal-Ausbaus als vordringlich „ein Rätsel“, sagt Wilms – hatte Dobrindt doch bisher betont, dass der volkswirtschaftliche Nutzen des Projekts niedriger sei als die Kosten.

Noch bis Montag haben Länder, Abgeordnete und Bürger Zeit, Änderungswünsche am Verkehrswegeplan zu vorzubringen. Anschließend will Dobrindt ihn noch mal überarbeiten und dann vom Kabinett beschließen lassen.